



Dr. Peter Kroh

Rede auf der Alternativen Einheitsfeier am 3. Oktober 2021

Lockdown für Profitgier

Liebe Gleichgesinnte, liebe Weggefährten, liebe Verbündete, der Umgang der politisch Verantwortlichen in der BRD mit der Corona-Pandemie behindert und verhindert eine bessere Zukunft. Ich möchte dazu drei Thesen aufstellen und zu jeder ein paar Argumente für das Weiterdenken anführen.

1.These:

Infolge der Corona-Pandemie gucken wir wie mit einer Lupe auf die Gesellschaft

Die Pandemie greift tief in das Leben aller Menschen ein. Sie ist mehr als ein bloß virologisches Geschehen. Falsch ist die Ansicht, die Gesellschaft komme durch Corona in eine wirtschaftliche Katastrophe. Richtig ist hingegen: Corona macht sichtbar und bewusst, dass der umfassende Wachstums- und Renditezwang eine Katastrophe für die Gesellschaft ist. Durch die Art und Weise ihrer Bekämpfung ist die Pandemie in der BRD zu einem Gesellschaftsexperiment geworden. Dessen Ausgang ist offen. Das gegenwärtige System hat keine Zukunft. Früher oder später wird sich ein neues System entwickeln. Es kann möglicherweise polarisierender, hierarchischer, autoritärer sein als das jetzige. Es ist aber auch möglich, dass es demokratischer, solidarischer und relativ egalitär sein wird. Wohin es gehen wird, das entscheidet sich in unserer Zeit.

Momentan ist zu konstatieren: Alle Schwachpunkte des Kapitalismus sind in der Pandemie offenbar geworden. Unbegrenzte Akkumulation; härtester Konkurrenzkampf; Verschwendungen von Ressourcen; Gleichgültigkeit gegenüber der Not von Millionen Menschen; der alles regelnde „freie Markt“ – um nur ein paar Defekte aufzuzählen. Die Corona-Krise ist ein Problem der kapitalistischen Produktionsweise. Fortschreitende Zerstörung der Umwelt steigert z.B. das Risiko, dass Krankheiten von Tieren auf Menschen überspringen. Der Bedarf, vor allem der sog. westlichen Welt, nach Fleisch, Holz, Palmöl, Bodenschätzen fördert nicht nur globale Lieferketten, er sorgt auch für die Beseitigung natürlicher Lebensräume von Tieren. Die Corona-Pandemie ist die Folge einer Wirtschaftsweise, die auf menschlicher und ökologischer Ausbeutung beruht und einer Politik, die das ermöglicht bzw. durchsetzt.

Diese Politik hat schon vor der Corona-Pandemie das Gesundheitswesen in eine schlechte Verfassung gebracht, weswegen es nicht auf epidemische Tatsachen vorbereitet war. Ich erinnere nur knapp: Kürzungsmaßnahmen aller Art; Bettenabbau, Fokussierung auf profitable High-Tec-Medizin, Fallpauschalen, Abbau von Personal (auch in der Pflege!) – das waren nur einige der zerstörerischen Maßnahmen der sog. Gesundheitsreform.

Sie war gut für Eigentümer und Aktienbesitzer medizinischer Konzerne. Für Patienten und medizinisches Personal war sie schlecht. Der „Markt“ und seine „unsichtbare Hand“ haben im Gesundheitswesen das meiste zum allerschlechtesten „geregelt“. Das Corona-Virus tötet viele, weil neoliberaler Politiker das Gesundheitssystem in den Konkurrenzkampf geschickt haben. Wer das Gesundheitssystems dem Markt überlässt, stellt sich ein Armutszeugnis aus. Der Satz: „Der Markt wird's schon regeln“ heißt im Klartext: „Wir kriegen's politisch nicht hin.“

Nun streben die Herrschenden schon wieder nach Rückkehr zur Normalität vor Corona. Friedrich Merz möchte alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen. Andere wollen „nur“ den Mindestlohn senken bzw. jetzt nicht erhöhen. Solche und ähnliche Ideen sind schärfstens zu kritisieren. Denn diese Normalität war und ist wesentlicher Teil der Ursachen der jetzigen Misere. Die Menschheitsgeschichte zeigt: Seuchen haben Menschen gezwungen, mit der Vergangenheit zu brechen und ihr gesellschaftliches Zusammenleben neu zu ordnen. Ist es jetzt nicht Zeit, „NEIN“ zu sagen? Zum Marktfundamentalismus, zur Allmacht der Konzerne, zum Abbau des Sozialstaates, zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, zu schleichender Aushöhlung der Demokratie, zum Raubbau an der Umwelt, zu unfairem Handel mit der „Dritten“ Welt, zu geschichtsvergessener Militär- und Außenpolitik, zu Rechtsextremismus und Faschisierung...

Ich denke, jetzt, in der Corona-Pandemie und nach der jüngsten Bundestagswahl, ist es höchste Zeit zu schauen, was anders gemacht werden muss, damit es überhaupt besser werden kann. Darauf komme ich in der dritten These zurück.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

im Namen des Vorstandes **DDR-Kabinett-Bochum e.V.** möchte ich Euch, in Erinnerung an den

72. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

die herzlichsten Grüße übermitteln. Denn unser Feiertag ist und bleibt der 7. Oktober!

Leider können wir diesen Tag immer noch nicht, mit einer großen Festveranstaltung angemessen begehen. Dennoch lässt uns heute, egal in welcher Form, an diesen kleinen Staat DDR erinnern, der seinen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in sozialer Absicherung garantierte sowie konsequent für die Verständigung zwischen den Völkern und unermüdlich für den Frieden eintrat.

...damit nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit fortführen und hoffen auch in Zukunft auf Eure solidarische Unterstützung.

Andreas Maluga
1. Vorsitzender DDR-Kabinett-Bochum e.V.

2.These:

Die politisch Verantwortlichen stochern im Nebel

Im März 2020 meinte Frau Merkel, die Eindämmung des Corona-Virus sei die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die seitdem getroffenen Entscheidungen zeigen allerdings, dass die Regierenden dieser Herausforderung nicht gewachsen sind.

Erst wurde bezweifelt, dass sich ein Virus von asiatischen auf europäische Menschen übertragen könne. Dann wurde bezweifelt, dass sich Anti-Virus-Maßnahmen asiatischer Staaten auf Europa übertragen lassen. Die Mund-Nasen-Deckung war erst (als nicht genügend da war) nicht hilfreich und dann jedoch dringend erforderlich. Dann wurde in bewährter Manipulation irreführend der notwendige Abstand zwischen Menschen als „soziale Distanz“ bezeichnet. Es geht jedoch um „physische Distanz“. Soziale Distanz habe ich zum Beispiel zu Herrn Höcke, selbst wenn ich ihm einmal physisch nahkommen sollte, was aber nicht zu befürchten ist. Weil kein Impfstoff vorhanden war, sollte ein Lockdown die Überlastung des Gesundheitswesens vermeiden. Die einen dachten über einen Zeitraum von drei Wochen nach, die anderen über drei Monate und begründeten so in den letzten 18 Monaten das Stolpern von einem Lockdown

in den nächsten. Hin und wieder änderte man die zugrunde gelegten Inzidenzwerte. Trotzdem führte man die alten Methoden weiter. Das erinnerte mich an den Werbespruch: „Raider heißt jetzt Twix – aber sonst ändert sich nix!“ Es gab und gibt Willkür bei der Schließung und Öffnung von Schulen, Kitas, nächtliche Ausgangssperren und lange Zeit keine klaren Festlegungen für Tests. Kürzlich meldete das RKI, man könne nichts Genaues über die erreichte Impfquote sagen. Damit aber wird jede Begründung für staatliche Maßnahmen höchst fragwürdig. Auf der Basis ungenauer oder gar falscher Daten Gesundheitspolitik machen – das ist skandalöse Willkür.

Im März 2021, nach mehr als 12 Monaten Corona-Krise (!), verkündete Frau Merkel, eine „umfassende Teststrategie aufzubauen“. Sie bewies damit überdeutlich das Versagen der Regierung. Das zeigt sich darüber hinaus im kleinkarierten, parteipolitischen Beharren sturköpfiger Ministerpräsidenten auf den Föderalismus, in der kaputtgesparten Infrastruktur, im Digitalisierungs-Debakel z.B. in den Gesundheitsämtern, beim schlafmützigen Impftempo, im Warn-App-Desaster, in der Pflegekatastrophe, bei der durch Bürokratie verzögerten „Hilfe“ für Selbständige. Die wirtschaftlichen Kollateralschäden waren zum Teil im Blick. Die gesellschaftlichen Zerrüttungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, aber kamen kaum in den Fokus der Regierenden. Etliche Maßnahmen haben ziemlich oft kontraproduktive Wirkungen entfaltet und dadurch viel unnötiges Leid verursacht.

ABER: Einige der zentralen Maßnahmen (Masken, Impfen, Testen) haben sich als wahre Goldgruben für nur sehr wenige Menschen erwiesen. Die Impfstoffherstellung wurde über die staatlich finanzierte Grundlagenforschung vorangetrieben und mit hunderten von Millionen Euro unserer Steuergelder gefördert.

Die Besitzer der Firma Pfizer/Biontech aber rechnen 2021 mit Gewinnen von 33,5 Milliarden Dollar. Andere haben sich unter Nutzung des Renommes eines Bundestagsabgeordneten an Verträgen bereichert, z.T. sogar mit kriminellen Methoden. Dank staatlicher Wirtschaftshilfe ist in der Pandemie die Zahl der Millionäre weltweit gewachsen. In Deutschland von 2 Millionen 319 Tausend im Jahre 2019 auf zwei Millionen 953 Tausend im Jahre 2020.

Im Verlauf der letzten 15 Monate wurde das Hick-Hack immer stärker und zunehmend „richt“ es nach autoritären Zielen. Mit dem geltenden Polizeirecht und auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes gab es weitreichende Einschränkungen der Grundrechte sowie Bußgelder und andere Strafen. In Anlehnung an Brechts Frage: Was ist ein Banküberfall gegen die Gründung einer Bank, möchte ich fragen: Was ist die Nichteinhaltung des Mindestabstands gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens?

Viele Grundrechtseingriffe (Schließung von Kultur- und Sporteinrichtungen, Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Verweilverbote im Freien u. ä.) lassen sich nur schwer bis gar nicht medizinisch, sondern eher politisch begründen.

Zusammenfassend muss man feststellen: Die Corona-Krise führt in der Politik bis jetzt nicht zu Kritik am System, sondern nur zu dem Versuch, es aufrecht zu erhalten. Derzeit deutet nichts auf einen tiefgreifenden Lernprozess bei führenden Politikerinnen und Politikern hin. Zu viele haben wenig bis nichts von wesentlichen Zusammenhängen, z.B. von Gesetzen in Natur und Ökonomie begriffen. Es gibt bei einigen führenden Politikerinnen und Politikern wenig gesellschafts-politische Fachkompetenz. Manchmal ist man eher geneigt, von Größenwahn und Machtmissbrauch zu sprechen.

Ein Beispiel: Im März 2020, kurz vor dem schon geplanten „Lockdown“ hat die Bundesregierung die Ausgaben für „Verteidigung“ um sechs Milliarden Euro erhöht. Selbst in der Corona-Krise also sorgt sie sich um höhere NATO-Beiträge und neue (Atom-)Bombenflugzeuge. Das heißt zum einen: Sie will militärische Stärke statt politischer Entspannung und Friedenssicherung. Und zum anderen: Sie will mehr Geld in die Ausrüstung statt in bessere gesundheitliche Prävention für künftige Pandemien stecken. Es ist ein neuer Beleg für eine alte Regel: Was politisch gewollt ist, dafür ist immer auch genügend Geld da. Und umgekehrt: Wofür nicht genügend Geld bereitgestellt wird, das ist politisch auch nicht ernsthaft gewollt.

3. These

Für zukunftsfähige Antworten sind die richtigen Fragen erst noch zu stellen.

Die meisten Politikerinnen und Politiker sehen die Ursache der Corona-Pandemie entweder nur beim Virus oder als eine Lüge von Verschwörungs-ideologen. Beides ist grundfalsch!

Die entscheidende Ursache: Es wird hastig und kontrovers über alle möglichen Therapien gestritten und entschieden. Fahrlässig oder vorsätzlich wird dabei auf eine gründliche Diagnose verzichtet und stattdessen an Symptomen „herumgedoktert“. Für eine wirksame, an den Ursachen ansetzende Bekämpfung der Pandemie braucht es offensichtlich mehr Vorstellungskraft als bei den jetzigen politischen Eliten vorhanden ist. Denn: Mit der Pandemie sind Zustände eingetreten, die lange Zeit als unvorstellbar galten. Mit der Corona-Pandemie hat uns „Mutter Natur“ eine Nachricht geschickt. Werden wir „Kinder“ sie verstehen? Werden wir daraus lernen und also das bisherige Denken und Tun durchgängig und grundsätzlich überprüfen? Werden wir unsere Vorstellungen über ein menschenwürdiges Zusammenleben erweitern?

Zur Lösung der Corona-Krise genügt nicht nur eine allgemeine Wachstumskritik. Der Weg führt weg vom Wachstum und hin zum Kreislauf. Dafür

aber müssen Strukturen im wirtschaftlichen Geschehen, in der Wertschöpfung, im Konsum neu geordnet werden.

Allgemein gilt, eine Therapie darf nicht schädlicher sein als die Krankheit. Überträgt man diesen Grundsatz auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, wird das Fehlen einer soliden Diagnose noch deutlicher. Die nicht immer gleich sichtbaren sozialen, ökonomischen, ökologischen, psychischen Schäden infolge der Therapie sind langfristig größer als die medizinisch-biologischen Schäden durch das Corona-Virus selbst.

Es sind die vielfältigen ökonomischen, sozialen, biologischen, politischen Verheerungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die die Pandemie auslösen und verbreiten. Für eine bessere Zukunft sind zum einen die ökonomischen und politischen Ursachen der umfassend zerstörerischen Kluft zwischen Reichen und Armen, in den Ländern und zwischen ihnen zu überdenken. Dazu möchte ich - vielleicht als Denkanstoß für manche linken Führungskräfte - eine bekannte Persönlichkeit zitieren: „Marx hat mit eingehender Genauigkeit [...] die Situation seiner Zeit beschrieben und mit großem analytischem Vermögen die Wege zur Revolution dargestellt [...] Seine Verheißung hat mit der Klarheit der Analysen und der eindeutigen Angabe der Instrumente für die radikale Veränderung fasziniert und tut es noch immer wieder.“ Das schrieb Papst Benedikt XVI in der Enzyklika „Spe salvi (Gerettet durch die Hoffnung) vom 30.11.2007, Punkt 20.

Zu überdenken ist andererseits, was Fachleute „Zoonose“ nennen. Zu diesen Krankheiten, die bei Tieren und Menschen vorkommen, zählen zwei Drittel aller Infektionen (Pest, Pocken, Grippe, AIDS, SARS und auch Covid-19). Zoonosen kommen zustande, weil der Mensch die Relation zwischen Tier- und Menschenwelt zerstört. Zum Beispiel, weil für den Anbau von Futtersoja Regenwälder abgebrannt werden. Damit wird vielen Tieren Lebensraum geraubt. Die suchen sich dann Nahrung in der Nähe menschlicher Siedlungen, werden gefangen und z.T. auf Märkten verkauft.

Das heißt allgemein: Die kapitalistische Produktionsweise zerstört die Natur und diese wirkt dann in Gestalt von physischen Gesetzen (z.B. Pandemien, aber auch Extremwetter aller Art) auf sie zurück. Daraus folgt: Die Corona-Pandemie wird sich nicht beenden lassen, solange es nicht um grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen geht. Artenschutz und Sicherung des ökologischen Gleichgewichts ist Schutz vor Pandemien. Dafür erforderlich ist eine andere Art des Wirtschaftens ebenso wie andere politische Ziele von Parteien, Regierungen, Staaten.

Die Priorisierung der Wirtschaft ist der grundsätzliche Fehler. Falsch ist nicht, dass die Politik in die Wirtschaft eingreift. Entscheidend ist, mit welchen Zielen sie das tut. Nicht Hedge-Fonds, höchste Rendite, exorbitante Gewinne und Steuerschlupflöcher müssen geduldet oder auch

gefördert werden, sondern Menschenwürde und Nachhaltigkeit müssen Ziele und Kriterien politischer Entscheidungen für die Wirtschaft sein. Ich fasse beide Ziele im Wort „Enkeltauglichkeit“ zusammen. Das bedeutet, Politik muss aufhören in Legislaturperioden oder in Koalitionsarithmetik zu denken und anfangen, langfristig und generationsübergreifend zu entscheiden.

Einige der wichtigsten Grundfragen zur Gestaltung einer enkeltauglichen Zukunft nach der Corona-Pandemie lauten meines Erachtens: Muss es überhaupt ein profitorientiertes Gesundheitssystem geben? Dürfen Wälder, Böden, Wasser als Waren gehandelt werden, wenn wir die Umwelt schützen wollen? Brauchen wir überall und immer ein Wachstum, damit Menschen würdig leben können? Ist die Privatisierung von Wohnraum ein sinnvolles Mittel, damit alle Menschen wohnen können? Sind Kriege wirklich ein Mittel zur Lösung von Konflikten? Müssen wir tatenlos zusehen, wie gigantische (Internet-) Konzerne auf gigantischen Reichtum keine Steuern zahlen und zugleich Millionen Menschen weltweit hungern?

Die Corona-Pandemie kann aufgrund der inneren Logik des Kapitalismus nicht vollständig überwunden werden, ohne den Kapitalismus selbst zu überwinden. Das klingt nach Utopie, ist aber die einzige realistische Antwort. Irrational oder verträumt sind jene, die ein „Weiter so“ propagieren. Ein gemächlicher Umbau wird nicht genügen. Drastische Maßnahmen sind notwendig. Dabei sollten wir uns mit einer Utopie nicht so schwertun. Wir müssen einfach sagen, die Zustände sind schlecht und fragen, wie können wir sie ändern? Utopien sind keine Spinnereien, denn sie entspringen der sachlich begründeten Kritik an Unzulänglichkeiten, Hemmnissen, Gefahren und weisen in jedem Fall über sie hinaus. Sie verneinen grundsätzlich deren Erhaltung und Reproduktion und eröffnen so neue Blicke auf die schrittweise Schaffung einer besseren Zukunft.

Vor allem Konservative leugnen die Utopie. Sie verstehen sie als Synonym für Unmögliches.

Nur wer meint, die Gesellschaft sei im Kern gesund und intakt, braucht keine Utopien. Mit der Corona-Pandemie sind wir an einem aktuellen Kreuzpunkt sozialer und ökologischer Fragen angelangt, bei dessen Lösung uns eine begründete Utopie hilfreich sein kann. Das Corona-Virus muss unsere Fantasie in Bewegung setzen und helfen, grundsätzliche Fragen zu stellen. Wer sich nachhaltig dafür einsetzt, dass das Corona-Virus dauerhaft besiegt werden kann, der sollte das die Gesellschaft dominierende System der Profitmaximierung kritisieren und ein System der Verunsicherung forcieren. Ohne Utopie wird es keine Lösung der Pandemie geben, sondern nur ein mehr oder weniger wirksames Fortsetzen der Symbolpolitik.

Die Pandemie-Krise führt – wie jede Krise – nicht automatisch zum Besseren. Sie ist vielmehr eine offene Entscheidungssituation. In ihr müssen Menschen Ziele setzen. Es geht ums Beginnen, nicht ums Abwarten. Warnungen, Belege, Beweise und Geld sind genug da. Es fehlt der politische Wille. Veränderungen dürfen nicht als lange Liste von Verlusten und Zusammenbrüchen bedacht oder gar gefürchtet werden. Sie sind vielmehr eine Chance, das eigene individuelle Leben ebenso grundsätzlich zu prüfen wie das gesellschaftliche Zusammenleben. Denn soziale Verhältnisse sind geronnenes individuelles Verhalten.

Eine tiefgreifende Debatte darüber, wie wir eine enkeltaugliche Ordnung schaffen können, ist von den dominierenden politischen Parteien eher kaum zu erwarten. Eine außerparlamentarische Bewegung muss sie wohl erzwingen.

Eine enkeltaugliche Pandemiebekämpfung wird nur mit kollektiver Planung erfolgreich sein. Wir brauchen ein Konzept, das nicht auf ständiges, allumfassendes Wachstum zielt, sondern auf einer gemeinsamen Vorstellung vom menschenwürdigen Leben für alle beruht. Dafür müssen Parameter geändert werden: z.B. statt schrankenlosem Wachstum qualitative Besserung des Vorhandenen; statt betriebswirtschaftlicher Effizienz

ökologische und soziale Achtsamkeit. Anfangen könnten wir damit, laut und deutlich zu fordern: Kliniken, Arztpraxen dürfen nicht auf Profit ausgerichtet sein, sondern auf Daseinsvorsorge. Ein Krankenhaus ist kein Aktienkonzern, das Gesundheitswesen ist nicht am Profit, sondern an der Fürsorge orientiert. Ein Arzt soll Krankheiten vorbeugen, erkennen, behandeln und kein Kaufmann sein.

Wir können uns mit solchen Forderungen auf Art. 22 und 25 der UN-Erklärung stützen, in denen Recht auf ein wirksames Gesundheitswesen als Menschenrecht definiert wird. Nur neoliberaler Nutznießer des Kapitalismus behaupten, kostenlose Gesundheitsversorgung für alle ohne Bindung an Einkommen oder Leistung; ausreichende Besetzung der Personalstellen im Gesundheitswesen, auskömmliche Ausstattung des Sozialstaates seien Kosten und Lasten. Für uns hingegen sind das wertvolle Güter und Dienstleistungen, die für eine enkeltaugliche Gesellschaft außerhalb der Marktgesetze reguliert und aus den Fesseln einer gewinnorientierten Gesundheitswirtschaft befreit werden müssen.

Meine Forderung an die LINKE: Organisiert einen entsprechenden Volksentscheid. Eine bessere Zukunft erfordert einen Lockdown für Profitgier.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Zum Ehrenmitglied ernannt

Auf Beschluss des Vorstandes wurde Klaus-Peter Schloßhauer (TIG Güstrow) zum Ehrenmitglied der ISOR ernannt. Er hat als langjähriger Funktionär über Jahrzehnte hinweg vorbildlich und motivierend zur erfolgreichen Arbeit seiner TIG beigetragen. Auch in der Öffentlichkeit scheute er keine Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und erwarb sich dabei Anerkennung und Respekt.

Keine Wahl gehabt

Hans Bauer

Mit freundlicher Genehmigung der UZ vom 8. Oktober 2021

Endlich geschafft – das Wahlspektakel ist beendet. Aber nicht wirklich. Die Entscheidung zwischen SPD und CDU ist knapp ausgefallen. Beide Spitzenkandidaten behaupteten, den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten zu haben. Von den über 61 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands wählten knapp 23 Millionen die beiden so genannten Volksparteien, etwa 37 Prozent. Das verdeutlicht, wie schmal die Legitimation durch das Volk ist. Der Wahlkampf war ein Musterbeispiel bürgerlicher Demokratie. Im Zentrum standen kaum konkrete Inhalte, zum Beispiel, wie ein Deutschland der Zukunft aussehen sollte, sondern Show, Parteitaktik, Äußerlichkeiten und Oberflächliches bestimmten über Monate das politische Geschehen.

Trotzdem wurde behauptet, der Urnengang sei eine Richtungswahl. Als ginge es um eine andere Politik, ein anderes Deutschland. Dabei stand die Richtung vorher schon fest: Die Machtansprüche des imperialistischen Deutschlands in der Welt durchsetzen, politisch, wirtschaftlich, militärisch; das Monopolkapital stärken; das Volk irreführen und mit Versprechungen, Lügen und Almosen ruhig stellen.

Nun starten die Parteien zum Koalitionstheater. Wurde im ersten Akt der Aufführung noch um jede Stimme gerungen, spielt die jetzt keine Rolle mehr. Der Souverän ist nicht mehr gefragt. Jetzt feilschen die Parteien. Um Machtausübung und Teilhabe an der Macht. Wer mit wem. Grün und Gelb sind dabei die Königsmaher. Nur wenn sich beide – Grüne und

FDP – gemeinsam einer der größeren Parteien SPD und CDU/CSU anschließen, kommt eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag zustande. Es sei denn, eine Große Koalition wird gebildet, was bisher alle ablehnten.

Die Unterschiede zwischen den jetzt verhandelnden vier Parteien sind unbedeutend und marginal. Am Ende wird ein Koalitionsvertrag stehen. Für mich ist interessant, was nicht oder kaum thematisiert wurde. Das sind Fragen von Krieg, Frieden und Abrüstung, die Einhaltung des Völkerrechts und die Sanktionspolitik. Selbst Diskussionen um Klimawandel sparten Wahrheiten aus. Kein Wort zur Verantwortung von Aufrüstung und Militärmanövern für Klima und Umwelt. Übrigens auch nicht von den grünen Klimaaktivisten. Das wäre auch unvereinbar mit ihrer Kriegs- und feindseligen Rhetorik gegen Russland und die VR China. Die dringend notwendige und von der Mehrheit der Bevölkerung geforderte Normalisierung der Beziehungen zu diesen Staaten spielte gar keine Rolle. Und Ostdeutschland wurde so gut wie nicht erwähnt. Etwa wo die wirklichen Ursachen für die Unzufriedenheit im Osten liegen. Lediglich wenn es um „Die Linke“ ging, wurde das Gespenst des Kommunismus an die Wand gemalt. Aber diese Partei will schon lange nichts mehr mit dem Kommunismus und der DDR zu tun haben – auch eine der Ursachen ihrer verheerenden Niederlage.

Viele der weiteren 41 an der Bundestagswahl teilnehmenden kleineren Parteien hatten zwar in einzelnen Bereichen erstrebenswerte Ziele; an-

gesichts fehlender Lobby, Mittel und Gegenpropaganda blieb die 5-Prozent-Hürde aber in weiter Ferne. Das betraf besonders auch die DKP mit nur geringem Stimmenzuwachs. Aus meiner Sicht war die DKP die einzige Partei, die neben sozialen auch Fragen von Krieg und Frieden aufwarf und offensiv Frieden und Freundschaft mit Russland und der VR China forderte. In vielen kämpferischen Wahlveranstaltungen – als Bundestagskandidat dieser Partei nahm ich an einigen teil – konnte man Interesse und Sympathien für die DKP und ihre Forderungen spüren. Die „Kultur“ des Wahlkampfes, die Spaltung der kommunistischen/sozialistischen Bewegung, antikommunistische Propaganda und ungenügende offensive Präsenz der Partei in vielen Regionen erschweren aber größere Wahlerfolge. Gerade weil bürgerliche Wahlen die Gesellschaft nicht grundlegend verändern, bleibt es für uns eine vorrangige Aufgabe, klar und konsequent marxistische Positionen zu beziehen und unsere Forderungen mutig zu vertreten. Über Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus aufzuklären. Nachzuweisen, dass nur im Sozialismus Menschenrechte, nämlich Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, dauerhaft beheimatet sind. Das erfordert geschlossenen und entschlossenen Kampf aller progressiven Kräfte.

Hans Bauer ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) und Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden. Er hat zur Bundestagswahl für die DKP auf Platz 1 der Berliner Landesliste kandidiert.



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitglieder unserer ISOR-Vereinigung, nach 30 jährigem gemeinsamen Kampf möchte auch ich mich den Glückwünschen zum 30jährigen Bestehen unserer Initiativgemeinschaft anschließen. Als Mitglied unserer Gemeinschaft verfolge ich sehr aufmerksam unser juristisches Ringen um die Abschaffung des so genannten Rentenstrafrechts.

Ich bin Mitglied DER LINKEN-Brandenburg und in der KPF unseres Landesverbandes als Koordinator für die politische Arbeit in einem Netzwerk (SFEL-R) der Europäischen Linkspartei (EL) ehrenamtlich tätig. Das "Ständige Forum der Europäischen Linken -der Regionen" bildete sich 2001 und beschäftigt sich mit der solidarischen Zusammenarbeit linker Parteien im Rahmen der EL. Grundlage unserer Tätigkeit ist ein Rahmenvertrag mit regionalen Strukturen dieser Parteien, die sich besonders der Basisarbeit in der EL verpflichtet fühlt. Am 4. September dieses Jahres wurde dieser Vertrag mit Unterstützung des Präsidenten der Europäischen Linkspartei Heinz Bierbaum überarbeitet und von den Mitgliedern des Netzwerkes unterzeichnet. Sogenannte Partnerschaften wurden neu in die Strukturen unseres Netzwerkes aufgenommen. Soweit die Vorstellung unserer politischen und solidarischen Arbeit im Netzwerk.

Von unseren tschechischen Genossen der KP-Zeitung *Halo-noviny* erhielten wir einen Artikel, der die skandalöse Gesetzgebung in Polen und der Slowakischen Republik brandmarkt. (Anla-

ge). Wir haben ihn durch unsere Dolmetscherin übersetzen lassen und würden ihn gern für eure Arbeit und Veröffentlichung zur Verfügung stellen. Wir sind gern bereit über weitere Projekte in der solidarischen Zusammenarbeit mich euch in Kontakt zu treten. Denn auch ich bin von dem Rentenunrecht betroffen und habe mich sehr über die Ehrenurkunde zum 30. Jubiläum von ISOR gefreut.

Mit solidarischen Grüßen

H.-Peter Schömmel Cottbus

*

Briefe des Todes (aus *Halo noviny*)

Unmenschlichkeit, die Heuchelei und einen verbrecherischen Charakter beinhaltet, hat ein in Polen angenommenes Gesetz. Das polnische Parlament hat am 16. Dezember 2016 ein Gesetz über die kollektive Verantwortung aller Mitglieder uniformierter Dienste angenommen. Menschen, die in der sozialistischen Periode für die Volksrepublik Polen - und sogar noch ein Jahr nach ihrem Zusammenbruch - gearbeitet haben, werden um einen wesentlichen Teil ihrer Rente gebracht.

Gleichzeitig gewährte die polnische Regierung kontroversen Institutionen wie dem Institut für das nationale Erinnern (IPN) unbegrenzte Rechtsvollmachten und geschichtspolitische Manager können nun nach ihrem Willen jeden, den sie sich in den Kopf gesetzt haben, um jegliche sozialen Vorteile bringen, auch wenn er nur als

Feuermann gearbeitet hat. Unklare Aufzeichnungen in Kombination mit breiten Interpretationsmöglichkeiten durch politisch beeinflusste Historiker riefen in Polen eine allgemeine Unruhe hervor. Für Menschen, die einen Brief von den entsprechenden Ämtern (die Polen nennen sie Briefe des Todes) bekommen haben, führte das in einer Reihe von Fällen zum Tod, sei es ein Infarkt oder Selbstmord. Denn die Verringerung der Renten bedeutete, unter dem Niveau der Möglichkeit in ihrem Alter und auf dem untersten sozialen Niveau zu leben.

Nach dem Gesetzentwurf bezieht sich die kollektive Verantwortung auf Menschen (und ihre Familien, die Leistungen nach dem Tode des Verstorbenen erhalten), die zwischen dem 22. Juli 1944 und dem 31. Juli 1990 mindestens einen Tag in polnischen uniformierten Diensten gearbeitet haben. Es zeigte sich, dass nicht nach der Auslegung des Instituts für das nationale Erinnern gehandelt wird und dass es nicht um Arbeit in dem unruhig bekannten Sicherheitsamt geht, das später in den Sicherheitsdienst umgewandelt wurde, sondern dass es sich auf jeden bezieht, der jemals im Ministerium des Innern beschäftigt gewesen ist. Auch wenn es nur eine Formalität war. Auf einmal sind Menschen, die niemals etwas gemein hatten mit irgendeiner Unterdrückung gegen die damalige Gesellschaft wie z.B. gewöhnliche Polizisten, Angestellte, die nur Anträge auf Pässe und deren Ausgabe sammelten, die ihnen von den zuständigen Organen zugesandt wurden, Archivare, die die persönlichen Registrierungsnummern – PESEL – ausgeschrieben haben, Angehörige des Grenzdienstes, der Einheiten Grenzverteidigung, Offiziere der Gefängnisverwaltung, des Amtes für den Schutz der Regierung und Feuerwehrmänner – alles Men-

schen, die zu einer der oben genannten Dienste weniger als ein Jahr nach der Transformation gehörten, werden benachteiligt.

Unlängst hat auch die Slowakei ein solches Gesetz angenommen, wo der slowakische Minister für Umwelt Jan Budaj zu dem Gesetz gesagt hat, dass es alte Kränkungen wiedergutmacht, und in unseren Medien wird davon gesprochen, ob nicht auch die Tschechische Republik ein ähnliches Gesetz annehmen sollte.

Für mich kann ich nur sagen, dass sich nach all dem auch das neue tschechische Parlament ernsthaft mit diesem Vorschlag befassen und ihn wahrscheinlich auch annehmen wird. Die Menschen sind zum Tode oder zum Dahnvegetieren dafür verurteilt, dass sie in der Zeit des Sozialismus lebten und in der Mehrheit auch ehrlich gearbeitet haben. Es hat auch kein Argument bestand, dass verfolgte Menschen in Armut sterben. Reiche gegen Arme hat der Kapitalismus hierher gebracht und vor allem die, die heute mit solchen verbrecherischen Rechtsvorschriften kommen. Ein Grund mehr die Kommunisten zu wählen.

Roman Blasko

Übersetzung: Helga Katzschmann (Berlin)

*

Man hätte kein besseres Datum für die Festveranstaltung unserer TIG zum 30. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V. wählen können: Auf Einladung des Vorstandes hatten sich verdienstvolle Mitglieder, Betreuer/Kassierer, Veteranen und Aktivisten der Ersten Stunde unserer Initiativgemeinschaft am 7. Oktober um 10.00 Uhr im Festsaal des Landgasthauses „Gute Laune“ in Lichtenhagen-Dorf eingefunden, um diesen Jahrestag feierlich zu begehen. Der Vorstand des Vereins aus Berlin war mit den stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Horst Bischoff und Joachim Bonatz vertreten, der Vorsitzende Horst Parton war leider aus gesundheitlichen Gründen verhindert.

Anwesend war auch der Landesbeauftragte für M-V, Manfred Jonischkies aus Schwerin.

Als Gäste begrüßten wir unsere Freunde und Partner Carsten Hanke, Vorsitzender der Regionalgruppe „RotFuchs“ und Präsident der Solidaritätsorganisation „GeFIS“ sowie Georg-Peter Riha vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR.

Die Festansprache hielt Joachim Bonatz, der zugleich auch Präsidiumsmitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV) ist. In seinem Beitrag ging er deshalb aus aktuellem Anlass auf die Alternative Einheitsfeier vom 3. Oktober ein und berichtete über wichtige Aussagen der dort gehaltenen Reden, die auch für die weitere politische Ausrichtung der Arbeit von ISOR e.V. von Bedeutung sind. Darüber hinaus skizzierte er die kommenden Hauptaktivitäten von ISOR und stellte diese in den Kontext zur gesellschaftlichen Gesamtsituation nach der Bundestagswahl. „Wir sind Zeitzeugen und zugleich haben wir einen Sack bisher nicht eingelöster

Forderungen. Das ist ein Fakt, der unser weiteres Zusammenstehen fordert“, so Joachim Bonatz in seiner mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Ansprache.

ISOR e.V. ist seit nunmehr 30 Jahren ein fester Bestandteil im Kampf um soziale Rechte und fest eingebettet in die Breite der Bewegung des Wirkens für den Erhalt des Friedens, und das wird auch in Zukunft so sein. Für das Fortbestehen von ISOR und die weitere Verstärkung des politischen Kampfes haben wir viele Argumente zur Hand, die durch herausragende Publikationen, sozialwissenschaftliche und juristische Gutachten von namhaften Wissenschaftlern und Experten erarbeitet wurden. Diese gilt es noch intensiver in die fortwährende Entlarvung dieses Systems einzusetzen und für die Verbreiterung unserer politischen Arbeit zu nutzen. Beispielsweise sei hier nur das von Prof. Dr. Merten verfasste und im April 2021 veröffentlichte Rechtsgutachten wider das Rentenstrafrecht genannt, dass allen TIG als Buch zur Verfügung gestellt wurde. Joachim betonte, dass hier auch Ansätze dafür liegen, neben dem politischen auch den juristischen Kampf für unsere sozialen Rechte fortzusetzen. Er informierte in diesem Zusammenhang über die Zusammenarbeit mit anderen in der DDR rentenrechtlich Benachteiligten, insbesondere mit den Eisenbahnern und ging auf weitere wichtige Aktionen unseres Vereins ein. Seine Aufforderung an uns war, auch weiterhin ein aktives Leben in der TIG und den Austausch über die Geschehnisse in dieser Gesellschaft zu gewährleisten und gemeinsam dafür einzutreten, dass unsere Welt enkeltauglich wird.

Manfred Jonischkies ging in seinem kurzen Diskussionsbeitrag auf die historische Entwicklung unseres Vereins ein und appellierte insbesondere an die Beibehaltung von Zusammenhalt und Solidarität. Dieser Gedanke wurde auch durch Carsten Hanke in seinem Grußwort hervorgehoben.

Eine spontan initiierte Spendenaktion für die Beschaffung von Medikamenten für kranke Kinder in Venezuela, wo sich Carsten und GeFIS sehr engagieren, erbrachte einen Betrag von 125,50 €. Auf unserer gemeinsamen Veranstaltung am 30. Oktober zu dieser Thematik hoffen wir, den Betrag weiter erhöhen zu können.

Die Verleihung der vom Vorstand gestifteten „Ehrenmedaille“ an die TIG Rostock und ihren Vorsitzenden sowie an Mitglieder aus unseren Reihen, die sich in besonderer Weise für den Aufbau, die Entwicklung und den Erhalt unseres Vereins verdient gemacht haben, gestaltete sich zu einem weiteren, auch emotionalen Höhepunkt der Veranstaltung. Die Übergabe erfolgte in feierlicher Form an die Geehrten, die durch kurze Wortbeiträge für ihre Leistungen gewürdigt wurden.

Ehrenhalber wurde auch unser langjähriger Freund und Kampfgefährte Carsten Hanke mit

der Ehrenmedaille ausgezeichnet. Durch die Auszeichnung der TIG mit der Ehrenmedaille erhalten alle Mitglieder unserer Gemeinschaft ebenfalls eine Urkunde zum 30. Jahrestag, die den anwesenden Betreuern/Kassierern sowie den Bereichsverantwortlichen übergeben wurden. Durch diese erfolgt dann die Überreichung an die Mitglieder der jeweiligen Gruppe. Einige Mitglieder erhalten ihre Urkunde auf dem Postweg.

Einen besonderen Glanzpunkt stellte die kulturelle Umrahmung der Festveranstaltung dar.

So sorgte Hartmut König mit seinen Darbietungen von alten und auch neuen politischen Songs aus seinem reichhaltigen und vielen von uns bekannten Repertoire für die richtige Stimmung.

Kontrastierend dazu die von Prof. Sylvio Krause, 1. Konzertmeister der Norddeutschen Philharmonie auf der Violine solo vorgetragenen Stücke, die bei den Zuhörern zu einem nachhaltigen Klangerlebnis wurden. Übrigens, beide kannten sich aus früheren Zeiten – Hartmut, damals Sekretär des Zentralrates der FDJ und Sylvio, damals FDJ-Sekretär für Kultur an der HfM „Hanns Eisler“ in Berlin sowie als 1. Konzertmeister des FDJ-Sinfonieorchesters der Musikhochschulen, wofür Hartmut verantwortlich war. Nun, beide hatten sich viel zu erzählen und werden ihren „neuen“ Kontakt sicherlich fortführen.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen und vielen anregenden Gesprächen endete die würdige Festveranstaltung unserer TIG.

Von einigen Teilnehmern haben wir ein Echo erhalten, unmittelbar nach der Veranstaltung auch von Carsten Hanke per Mail: „...eine durchweg sehr gelungene, dem Anlass entsprechend sehr würdevolle Veranstaltung“ und weiter: „Noch viel wichtiger ist aber der Fakt, dass sich unser aller Zusammenwirken erneut bewährt hat. Das sind diese wichtigen Momente, die uns zusätzlich motivieren werden, gemeinsam gegen diese soziale Ungerechtigkeit und menschliche Kälte in dieser Gesellschaft zu kämpfen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

**Uwe Johannßen,
Vorsitzender TIG Rostock**

*

Die TIG Stralsund hat am 12.10.2021 zusammen mit den TIG Usedom, Greifswald und Grimmen den 30. Jahrestag der Gründung von ISOR e.V. in Stralsund im „Hotel am Stadtwald“ mit einer festlichen Veranstaltung begangen.

Zu Beginn brachte die in Stralsund und Umgebung bekannte Künstlerin Christina Winkel mit ihrem unterhaltsamen, kurzweiligen Programm gute Laune unter die Beteiligten.

Anschließend erinnerte das Vorstandsmitglied und unser Landesbeauftragte Manfred Jonischkies in seiner Rede an die Ursachen für die Gründung von ISOR und gab einen Überblick über die Aktivitäten, Erfolge und auch Niederlagen in diesen Jahren seit 1991. Hauptziel von

ISOR bleibt auch nach Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten weiterhin der Kampf um eine gerechte Rente.

Manfred Jonischkies nahm die Veranstaltung zum Anlass verdiente Mitglieder der einzelnen TIG mit der Ehrenmedaille „30 Jahre ISOR e.V.“ auszuzeichnen.

Bei Kaffee und Kuchen kam es dann zu persönlichen Gesprächen und einem regen Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern.

Bodo Weilandt

*

Am 14. Oktober 2021 trafen sich die Mitglieder der **TIG Freiberg/Brand-Erbisdorf** im Hotel „Regenbogenhaus“ Freiberg, um aus Anlass des 30. Jahrestages von ISOR Fazit zu ziehen und konkrete Schlussfolgerungen für kommende Aufgaben abzuleiten. Peter Eichler als Beiratsmitglied von ISOR Berlin gab uns viele gute Hinweise, wie jeder Einzelne, trotz hohen Alters, aktiv werden kann, das positive Anliegen unseres Sozialvereins im Verwandten- und Bekanntenkreis zu erklären. So wie es Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt in seinen Gedanken zur Zeit (veröffentlicht durch ISOR e.V. im April 2021) gut darlegte, gibt es keinen Grund, ISOR abzuwickeln oder einem Selbstlauf der Auflösung tatenlos zuzusehen.

Die lebhafte Diskussion der Mitglieder machte deutlich, dass die **TIG Freiberg/Brand-Erbisdorf** gewillt ist, auch weiterhin aktiv bleiben zu wollen. Die Ehrung der Mitglieder mit der Ehrenurkunde „30 Jahre ISOR“ wurde durch einen Bücherbasar ergänzt. Vier Mitglieder boten progressive und aktuelle Literatur und Veröffentlichungen von ISOR zum kostenlosen Tausch oder Mitnahme nach Hause an. Davon wurde rege Gebrauch gemacht.

Für alle Anwesenden war diese Zusammenkunft von Optimismus geprägt und der Zuversicht, dass der Verein ISOR auch in Zukunft lebendig bleibt.

Peter Költz

*

Die Mitgliederversammlung der **TIG Magdeburg** haben wir bewusst am 7. Oktober veranstaltet. Hier würdigten die anwesenden Andersdenkenden nach vergangenem Wahl- und deutschem Einheitsfeier-Rummel Haltung und Handeln für eine gesellschaftliche und auch

persönliche Freiheit und Demokratie während der fast 41-jährigen Existenz der DDR durch ihren Einsatz zur Sicherung des bisher einzigen Friedensstaates auf deutschem Boden.

Zur DDR-Geschichte erinnern wir uns nicht als Nostalgiker oder als „kommunistische Betonköpfe“. Wir sind auch keine Ignoranten, die nicht sehen wollen, dass auch seit 1990 viel geleistet wurde. Wir sehen auch die wachsende soziale Ungleichheit zwischen arm und reich, wobei eine sehr geringe Anzahl von Deutschen immer reicher mit hohem politischen wirtschaftlichem Einfluss wird, während die Armen ohne Mitbestimmungsrechte immer zahlreicher werden. So kann Demokratie nicht funktionieren. Wir sehen es am Ergebnis zur Bundestagswahl.

Nach dem Grundgesetz soll ja die Würde aller Deutschen unantastbar sein, somit auch derjenigen, die bis 1990 in der DDR gelebt haben. Dazu historische Fakten nicht von der „Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“: Die Nazis wechselten 1933 elf Prozent der Eliten der Weimarer Republik aus. In Westdeutschland wurden 1945 dreizehn Prozent der Nazikader entfernt. Nach dem Anschluss der DDR an die BRD schickte die neue bundesdeutsche Herrschaft 85 Prozent der DDR-Eliten ins berufliche und häufig oft ins soziale Aus. Da hieß es gerade für die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, den Kopf oben zu behalten, ihren gesunden Verstand zu nutzen und sich nicht unterwürfig anzubiedern. Das war damals auch eine enorme Leistungsleistung, zumal das soziale Überleben für jeden einzelnen und die Verantwortung für die Familie gesichert werden mussten.

Zu unserer Versammlung hatten wir den ehemaligen Referatsleiter der HA IX/7 und Autor des Buches „Der Sonderermittler“ Gen. Hans Becker zur Buchbesprechung eingeladen. Außer zahlreichen TIG-Mitgliedern nahmen auch Gäste von GBM, der Partei Die Linke und ehemalige Mitarbeiter der Abt IX der BV Magdeburg teil. Nach mehr als 1,5 Jahren Zwangspause durch die Corona-Pandemie war diese Versammlung sowohl von der Anzahl der Teilnehmer (die Stühle im Saal reichten gerade für alle) als auch vom Vortrag durch Gen. Becker und der nachfolgenden Diskussion ein großer Erfolg. In seinen sachlichen und präzisen Ausführungen wurden

auch zahlreiche aktuelle Beispiele genannt, wie die kriminalistische Arbeit von Mdl und MfS besonders in den Massenmedien verunglimpft und Sachverhalte bewusst nicht wahrheitsgemäß betrachtet wurden. Alle im Buch beschriebenen und gelösten Kriminalfälle sind ein „Qualitätssiegel“ für die verantwortungsvolle Tätigkeit dieser Untersuchungsorgane und hätten bei Bekanntgabe in den Massenmedien der DDR das Ansehen des Mdl und MfS zweifelsfrei erhöht. Die Gründe für das unverständliche Schweigen in der Öffentlichkeitsarbeit durch die zuständigen Minister werden wir wohl nie erfahren. Für sein Auftreten bei der TIG Magdeburg möchte ich dem Gen. Becker nochmals danken. Ich empfehle anderen TIG sowohl das Auftreten des Gen. Becker persönlich zu erleben als auch sein Buch (bereits in der 4. Auflage) zu lesen.

Rückblickend auf die Aktivitäten unserer TIG in diesem Jahr waren wir bei gesellschaftlichen Ereignissen präsent. TIG-Mitglieder haben an der Gedenkfeier zum Tag der Befreiung am 8. Mai auf dem Ehrenfriedhof in Magdeburg für die gefallenen sowjetischen Soldaten teilgenommen. Am Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann am 18. August erinnerten wir uns gemeinsam mit Linken am Thälmann-Denkmal im Magdeburger Technikmuseum an sein Leben und Wirken für ein besseres Deutschland. Hierzu eine Episode zum erhaltenen Denkmal. Einer der zahlreichen unfähigen Treuhändlern für das Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann (SKET) war ein gewisser Marx. Seine erste Entscheidung war nicht das SKET als Wirtschaftsunternehmen zu retten, sondern das Thälmann-Denkmal vom Haupteingang des Kombinates zu entfernen. Dieser Marx verschwand sehr schnell wegen mangelnder Leitungserfahrung als Manager von der gesellschaftlichen Bühne. An diesen Marx erinnert sich niemand mehr. An das Thälmann-Denkmal am neuen Standort erinnern sich noch viele. Auch waren wir im September auf der Kundgebung und dem Demonstrationsmarsch zum Antikriegstag in Magdeburg präsent.

Abschließend danke ich den Betreuern/Kassierern und dem kleinen TIG-Vorstand für ihren sich monatlich wiederholenden Einsatz zur Aufrechterhaltung unseres Vereinslebens.

Paul Petersen

Auch das noch

Erlebte Deutsche Unterrichtung

Vor einem Bäckerladen. Ältere freundliche Dame (**ÄfD**) und naiver Bundesbürger (**Nabü**).

Beide fummeln sich ihre Masken auf bzw. ab. **ÄfD**: Das ist wirklich schrecklich mit diesem Lappen vor dem Mund. Das werden wir wohl niemals wieder los werden.

Nabü: Ja, das stimmt. Wer weiß, ob sich das jemals ändert.

ÄfD: Das ändert sich nie mehr. Sehen sie mal die ganzen Ausländer.

Nabü: Die Ausländer? Was haben die damit zu tun?

ÄfD: Na die schleppen uns doch die ganzen Krankheiten ein.

Nabü: Ach so? Das ist ja interessant.

ÄfD: Ich sage nur China.

Nabü: Das habe ich noch nicht gewusst.

ÄfD: Na, dann informieren sie sich mal ordentlich. Dann werden Sie anders über die die Ausländer denken.

Nabü: Danke für Ihren guten Rat. Das ist sehr freundlich von Ihnen.

w.k.

*

Aus der Postmappe

Wenn es noch lichter in unseren Reihen wird, und der Bundesvorstand sowie die Fraktion der Linken nicht endlich selbst- und schonungslos die äußerst besorgniserregende politische Situation analysiert, dann wird das Projekt »DIE LINKE.« scheitern. Dann überlässt sie Menschen, die Hoffnungen auf wirkliche und notwendige soziale Veränderungen und auf ein friedliches Leben haben, der unsozialen, scheinheiligen und menschenverachtenden Politik der bürgerlichen Parteien. Die Linke muss konsequent zu ihrem politischen Markenkern und zu einer realistischen Politik zurückfinden und sich wieder den Menschen mit ihren Alltagsorgen zuwenden., also kümmern. Auch träumen ist sicher erlaubt, nur nicht von einer imaginären Regierungsbeteiligung, sondern von einer anderen und gerechteren Gesellschaft und den Weg dahin. Kompass müssen dabei das Parteiprogramm und die Ergebnisse der letzten Strategiekonferenz sein. Wenig oder gar nicht helfen die jüngsten Äußerungen von Katja Kipping zu vermeintlichen Ursachen der krachenden Wahlniederlage - Abstimmungsverhalten zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan - denn dann wird sich die Linke als konsequente Friedenpartei endgültig verabschieden. Es bedarf eines ehrlichen, solidarischen und konsequenten Neuanfangs. Vielleicht bedarf es nunmehr dringend der breiten Einbeziehung der Basis, von Regionalkonferenzen sowie eines Sonderparteitages. Für wirkungsvolle und rasche Signale für Veränderungen wäre es auch dringend erforderlich, die linken Kräfte zusammenzuführen und gemeinsame Aktivitäten mit anderen gesellschaftlichen Kräften aus den Gewerkschaften und der Friedenbewegung zu beraten. DIE LINKE könnte dazu einladen und Fragen des gemeinsamen Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität auf die Tagesordnung setzen. Es ist wenig einleuchtend, dass vier linke Parteien nicht gemeinsam an einem Strang ziehen können, an dessen

Ende eine menschliche, solidarische und friedfertige Gesellschaft steht.

Raimon Brete, Matthias Schwander und Horst Seiler
Chemnitz

Lesenswert

Johanna Weinhold: „Die betrogene Generation. Der Kampf um DDR-Zusatzrenten“
CH. Links-Verlag, Berlin 2021, 240 Seiten, 18,00 €, ISBN 978-3-96289-125-1

Die 1987 geborene Autorin, die als Journalistin u.a. für den „Spiegel“ und die „Zeit“ geschrieben hat, schildert, belegt mit persönlich bekannten Beispielen, von Betroffenen (einer Balletttänzerin, zwei Angehörigen der technischen Intelligenz, einer in der DDR gescheiterten Frau, zwei Krankenschwestern, einem Reichsbahner, einem ehemaligen Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, einem Bergmann und zwei Professoren) die mit der Rentenüberleitung Ost entstandenen Ungerechtigkeiten und die Ignoranz gegenüber den Lebensleistungen von DDR-Bürgern. Dietmar Polster vom Runden Tisch Leipzig, der den ISOR-Vorstand regelmäßig über dessen Kampf für Rentengerechtigkeit informiert hat, stand der Autorin beratend zur Seite. Der letzte Abschnitt des Buches steht unter der Überschrift „Der Härtefallfonds. Das letzte Rentenkapitel?“ Es charakterisiert darin den Härtefallfonds als eine Mogelpackung.

W.S.

Zwischenangstruf

Diesmal hat es nicht ganz so richtig geklappt. Obwohl deutsche Quantitätsmedien schon davor gewarnt hatten, dass „der Russe“ wieder mal die Absicht hat, mit seinen Bärenatzen unsere Wahlurnen durcheinander zu bringen. Nur in der Stadt, die den Bären im Wappen führt, ist es ihm, und das auch nur teilweise, gelungen. Ist nur eigenartig, dass sich von dieser Urheberschaft niemand ein BILD machte. – Entwarnung? Nein!

Bei der nächsten Wahl kommen die bereits ausgefüllten Stimmzettel direkt aus dem Reich des Bösen. Durch die Röhre Nordströmung zwei.

Also nicht vergessen, Angst zu haben und ständig in die Röhre zu gucken.

w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.10.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.11.2021

Einstellung im Internet: 03.12.2021

Auslieferung: 08.12.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16

Weitergeben

★★★

Mitglieder gewinnen!

★★★

Weitergeben